



Mildbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,06 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulanz Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenburg (Enzthal) Wildbad. — Postkonto: Enzthalbank Jülicher & Co., Wildbad; Hochheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum im Betrag Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontrahen Fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 272

Februar 470

Samstag den 19. November 1932

Februar 470

67. Jahrgang.

Der Rücktritt des Kabinetts Papen

Reichskanzler v. Papen hat nach den erfolglosen Verhandlungen mit den Parteien dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts angeboten. Die Regierung Papen, die am 1. Juli d. J. von Hindenburg berufen wurde, ist der Form nach auf dieselbe Weise wie ihre Vorgängerin, die Regierung Brüning, zurückgetreten. Beide sind nicht auf Grund einer Misstrauensabstimmung „in offener Parlamentskammer“ gefallen, sondern sie haben ohne unmittelbares Eingreifen des Parlaments dem Reichspräsidenten ihr Amt wieder zurückgegeben. Ein Unterschied zwischen dem 31. Mai und dem 17. November besteht u. a. darin, daß inzwischen zwei Reichstagswahlen vorgenommen worden sind, und daß am 13. August die Forderung Hitlers nach dem Kanzlerposten und der ganzen Macht vom Reichspräsidenten abgelehnt worden ist. Die Lösung der Aufgabe ist jetzt doch um vieles schwieriger geworden als damals.

Es ist festzustellen, daß der Reichspräsident Herrn von Papen keineswegs das Vertrauen entzogen hat. Der Rücktritt lag aber unvermeidlich im Zug der politischen Entwicklung. Ob die Verhandlungen Hindenburgs mit den Parteiführern von Erfolg sein werden, läßt sich im Augenblick natürlich noch nicht übersehen. Jedenfalls haben die Parteien für sich wieder günstige Aussichten, sie tragen aber auch eine große Verantwortung. Wie die Nationalsozialisten sich stellen werden, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Das Zentrum ist nach der Erklärung des Prälaten Kaas zur Unterstützung einer Präsidialregierung ohne Papen bereit, wenn sie den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trage und sich streng an die Verfassung halte. Für den Posten des Reichskanzlers werden bereits Namen genannt wie Bredeler, Braht, Geßler und Schaaf, ohne daß hierfür bereits bestimmtere Grundlagen zu erkennen wären. Ein Kabinett Schleicher kommt keinesfalls in Frage, da er keine Lust zur Übernahme des Kanzleramts hat, dagegen dürfte er wohl Reichswehrminister bleiben. Auch Frhr. v. Neurath wird wahrscheinlich den Posten des Außenministers beibehalten. Es wird ferner als nicht unmöglich bezeichnet, daß der eine oder andere Minister in das neuzubildende Kabinett übernommen werde. Auf jeden Fall, so wird berichtet, hält der Reichspräsident an dem Gedanken und an dem Grundsatz eines Präsidialkabinetts fest, eine reine Parteiregierung wie früher erscheint also als ausgeschlossen.

Pressestimmen

Hindenburgs Einfluß

Unter der Überschrift „Hindenburgs Einfluß“ schreibt die „Kölnische Zeitung“ u. a.: Der Einfluß des Reichspräsidenten v. Hindenburg ist diesmal sehr hoch, höher als bei dem Rücktritt Brünings, denn er opfert diesmal nicht nur ein Kabinett, sondern auch seine persönliche Zurückhaltung und führt zum erstenmal in der Zeit seiner Reichspräsidentenschaft die Verhandlungen mit den Führern der Parteien persönlich. Aber noch mehr zeigt sich in Hindenburgs Einschluß der ganze Ernst der politischen Lage und sein ehrlicher, man möchte fast sagen, heiliger Einschluß, alles anzubieten, um das deutsche Volk aus der Atmosphäre der lähmenden Zwietracht heraus zu nationaler Einigkeit und geschlossenem Handeln zu führen. Für die Parteien gibt es jetzt keine billigen Ausflüchte mehr. Niemand wird ihnen mehr glauben, daß sie betrogen oder hinter das Licht geführt werden sollten, wenn ihnen als Verhandlungspartner die Autorität eines Hindenburg, die Autorität des Leiters in Krieg und Frieden und die bei der letzten Präsidentenwahl gewonnene Autorität der Volksmehrheit gegenübersteht. Hindenburgs Einfluß ist hoch, aber nicht zu hoch. Um seine eigene Autorität voll einsetzen zu können und den Parteien jeden autoritativen Vorwand zu nehmen, dürfte er bei der Ausprägung der Gegensätze zwischen den Parteien und Papen auch vor einer Opferung des Kabinetts nicht zurückweichen. Wenn aber die Verhandlungen mit den Parteien negativ ausgehen sollten, so gibt Hindenburg uns die Gewähr, daß bei allem Ernst der dann eintretenden Lage die richtigen und für das deutsche Volk notwendigen Schritte unternommen werden.

Unter der Überschrift „Sturz Papens endgültig?“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Alles kommt nun auf die Vorfrage an, ob Herr Hitler auch diesmal darauf bestehen wird, daß ihm das Kanzleramt übertragen werden müsse. Wenn die NSDAP an dieser Forderung festhält, dann bleiben die Aussichten für eine Einigung der Parteien überaus trübe, und dann nützt auch die Verflüchtigung sehr wenig, daß es der NSDAP diesmal nur darauf ankomme, „ein gleiches oder doch wenigstens entsprechendes Maß an der Macht“ zu fordern. Entweder wird die alte oder eine ähnlich geartete Regierung als neues autoritäres Präsidialkabinett wiederfahren, und zwar mit verflärten Vollmachten und ohne Aussicht auf eine Einigung mit dem Parlament, oder es gelingt die Einigung über ein Präsidialkabinett, das auf eine Unterföhrung einer parlamentarischen

Tagespiegel

Das Kabinett Braun wird am Samstag zu der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Gewaltenteilung in Preußen Stellung nehmen.

Adolf Hitler ist in Begleitung von Gregor Straßer und Dr. Feil im Sonderflugzeug von München in Berlin eingetroffen.

Die nächste Sitzung des Preussischen Landtags am Donnerstag, 24. November, für die zwei Tage vorgesehen sind, dürfte erregt verlaufen, da auf der Tagesordnung u. a. Anträge gegen die Einsetzung des Reichskommissars und gegen dessen Verordnungen stehen. Inzwischen werden die Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wieder aufgenommen. Sollten sie zu einem Erfolg führen, so würde auch noch die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung kommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird Anträge einbringen auf Aufhebung der Notverordnungen vom Juni über Maßnahmen zur Arbeitslosenhilfe und der vom 4. und 5. September über die Behebung der Wirtschaft sowie einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Bestimmungen über das Volksbegehren, durch den die Fristen für Volksbegehren genau geregelt werden sollen.

Die Breslauer Universität bleibt wegen der Studentenunruhen gegen den Professor Cohn bis Dienstag geschlossen.

Die französische Kammer hat nach einer Aussprache über die Landwirtschaftskrisis in Frankreich der Regierung Herriot mit 377 gegen 212 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Mehrheit in irgendeiner Form rechnen kann. Nach welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, läßt sich nicht voraussagen, die Aussichten stehen 50:50.

In den Blättern, die in Opposition zu der bisherigen Reichsregierung gestanden haben, wird der Rücktritt des Kabinetts mit Befriedigung aufgenommen. Das Zentrum, „Germania“ bezeichnet den Rücktrittsbefehl als einen großen Dienst, der dem Land erwiesen worden sei, den Parteien sei der Weg zur Neuordnung jetzt freigemacht worden. Für radikale Bewegungen und Presserücksichten sei kein Raum. Vor allem werde jetzt, deutlicher und folgenreicher, als es am 13. August geschehen sei, die NSDAP vor die große Frage ihrer politischen Bewährung gestellt werden. Die Zentrumspartei werde mit aller Kraft und mit eisernem Willen zur Sachlichkeit daran mitwirken, daß die Bemühungen des Reichspräsidenten von dem erhofften Erfolg gekrönt sein werden.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, es werde Aufgabe der Parteiführer sein, die Hoffnungen auf einen Fehlschlag ihrer Besprechungen mit dem Reichspräsidenten zurückzumachen. Die negativen Erfahrungen, die Herr v. Papen mit den Parteien und mit dem Reichstag habe machen müssen, seien kein Maßstab für die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitswilligkeit von parlamentarischen Kräften. Ob sie bereit seien, mit einem seriösen Kanzler eine sachliche Politik mitzumachen, werde erst dann entschieden werden können, wenn Herr v. Papen endgültig das Feld geräumt habe.

Die „Vossische Zeitung“ erkennt an, daß der Reichspräsident den Parteien sehr günstige Aussichten gebe. Man hätte nur gewünscht, daß sie auch auf die Sozialdemokraten ausgegedehnt worden wären.

Der „Sozialanzeiger“ hebt hervor, daß der Rücktritt des Kabinetts nicht etwa eine Änderung in den Aufgaben Papens als Reichskommissar für Preußen und keinerlei Veränderung in den Aufgaben der kommissarischen Minister bedeute, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten für Preußen bestellt seien. Es sei zweifelhaft, ob den Parteien aus eigenem die Erreichung eines Ziels gelinge, für das sie sich dem Vertreter eines autoritären Regierungsgrundgesetzes verweigern, nicht um seiner Person willen, so sehr sie jeden Anschein erwecken, sondern seines Grundgesetzes wegen. Die Parteien wollen sich, d. h. den Parlamentarismus, d. h. den Kuhhandel. Der drohenden Gefahr unabsehbarer Verschleppung werde der Reichspräsident nicht Raum zur Ausbreitung lassen wollen. Er dürfte die Parteien vor die unausweichliche Notwendigkeit stellen, sich raschestens auf ein festes Arbeitsprogramm bindend zu einigen, oder aber ihrerseits den Weg wieder freizugeben für Männer, die entschlossen seien, auf dem mit der Ausschaltung des parlamentarischen Aufwehens eingeschlagenen Weg nach ihrem Gewissen weiter zu gehen.

Der „Tag“ meint, der Natur der autoritären Staatsführung entsprechend könne bei diesem Stand der Dinge die Entscheidung nur autoritär sein. Hindenburg sei Garant des neuen Kurzes, von dem es keine Umkehr gebe. Der große alte Mann stehe wieder ganz allein vor einem schweren und ersten Entschluß. Er habe aus eigenem dem deutschen Volk den Weg gewiesen; er solle es wissen, daß auch heute warmes nationales Vertrauen hinter ihm stehe und ihm folgen wolle.

Der „Vorwärts“ fordert eine Regierung, die das Gegenteil der Regierung Papen sei, sie könne darum kein „papen-

ähnliches“ Gebilde und auch keine Regierung Hitler sein. Eine Präsidialregierung, die im Vertrauen des Reichspräsidenten allein und nicht allein im Vertrauen des Reichstags ihre Spitze habe, sei nur dann mit der Verfassung vereinbar, wenn sich die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit als zunächst völlig unmöglich erweise. Entweder der Reichspräsident beauftrage einen Staatsmann von Format, der sich trotz allem seine Mehrheit schafft, oder er befehle sich mit einer Beamtenregierung. Die Sozialdemokratie fordere nicht den Rücktritt dieser oder jener Person, sondern das Verschwinden eines Systems!

Der „Bäckerische Beobachter“ schreibt, eine Regierung, hinter der kein Volk stehe, sei den schweren Aufgaben, die in den Schicksalsstunden des Deutschen Reichs gelöst werden müssen, nicht mehr gewachsen. In dieser Unmöglichkeit sei Herr v. Papen gescheitert. Die Volksmeinung gehe dahin, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, in der ohne Zwischenlösungen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde.

Deutschnationale Erklärung

Berlin, 18. Nov. Zu den Ereignissen des 17. Novembers wird von deutschnationaler Seite parteiamtlich erklärt: Die von interessierter Seite künstlich geschaffene und planmäßig gesteigerte Erregung ist unnötig. Eine Krise der Parteien, die im Wahlkampf gegen die Regierung Papen und gegen das von der NSDAP verfolgte antiparlamentarische Prinzip standen, ist in eine Krise der Regierung umgewandelt worden. Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelte sich um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms und die zu seiner Durchführung notwendigen, im Rahmen des Kabinetts lösbaren Personalmaßnahmen. Das schwere Geschick der Gesamtdemission brauchte für diesen Zweck um so weniger aufgeföhren zu werden, als die gegen eine antiparlamentarische Staatsführung stehenden Kräfte nur in der Verneinung einzig sind und weder in den großen politischen noch in den brennenden wirtschaftlichen Fragen den Beweis der Einigung und der Leistung erbracht haben. Sie werden ihn auch nicht erbringen. Wir sehen in dem Feldmarschall von Hindenburg den Garanten dafür, daß der gegen den Versailler Druck und den Weimarer Mehrheitswahn beschrittene Weg über alle Kabinettsstatist hinweg zum Sieg geführt wird.

London, 18. Nov. Zum Rücktritt des deutschen Kabinetts schreibt „Financial News“: Nachdem sich die großen Parteien in ihrem Widerstand gegen Herrn v. Papen zusammengefunden haben, müssen sie jetzt den Beweis führen, daß sie sich zusammenschließen können, um eine neue Regierung zu finden. Wenn dies gelinzt, dann wird der Sturz des gegenwärtigen Kabinetts kein großer Verlust sein. Die übrigen Blätter begnügen sich mit der Wiedergabe der Berichte ihrer Berliner Berichterstatter.

Paris, 18. Nov. „Victoire“ meint, es sei gar nicht ausgeschlossen, daß von Papen seine eigene Nachfolge antreten werde, wenn die politischen Parteien in Deutschland sich nicht untereinander verständigen könnten. „Figaro“ glaubt, der Rücktritt des Kabinetts v. Papen werde weder auf die deutsche Politik, noch im allgemeinen auf die europäischen Angelegenheiten eine entscheidende Rückwirkung haben.

Die Gewaltenteilung in Preußen Erlaß des Reichspräsidenten

Berlin, 18. November. In einem Erlaß vom 18. November an den Herrn Reichskanzler als Reichskommissar — der Erlaß wurde gleichzeitig mit einem Begleitschreiben dem Ministerpräsidenten Braun zugestellt — bedauert der Reichspräsident, daß alle Verhandlungen über die Gewaltenteilung ohne Ergebnis geblieben sind. Unter diesen Umständen erscheinen Verwaltung und staatliche Ordnung im Land Preußen in Frage gestellt. Dieser Zustand bedeutet eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ich sehe mich daher veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen und ordne an:

1. Zunächst wird vorgeschrieben, wie der Reichskommissar und seine Stellvertreter die amtlichen Schreiben zu unterzeichnen haben.
2. Verordnungen, deren Erlaß nach Reichsrecht oder preussischem Recht der preussischen Landesregierung, dem preussischen Staatsministerium oder einzelnen preussischen Staatsministern zusteht, haben ausschließlich die Kommissare des Reichs oder der nach seinem Geschäftsbereich zuständigen Kommissare des Reichs zu erlassen.
3. Die Zustimmung zu Haushaltsüberreicherungen und außerplanmäßigen Ausgaben steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reichs zu.

4. Die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits durch Befehl oder Verordnung steht diesem Kommissar zu. Das gleiche gilt für die Uebernahme einer Sicherheitsleistung.

5. Die Kommissare des Reichs sind befugt, mit den Reichsbehörden in Verhandlung zu treten und an den von diesen einberufenen Sitzungen und Besprechungen teilzunehmen.

6. Das Recht der Begnadigung haben die Kommissare auszuüben.

7. Zur Ausübung der dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofs zustehenden Befugnisse werden die Amtsräume im Haus des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt bereitgestellt. Im übrigen stehen die Amtsräume des preussischen Staatsministeriums und der preussischen Ministerien mit allem Zubehör ausschließlich zur Verfügung der Kommissare des Reichs.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern stehen die Ministerialdirektoren Dr. Badt, Dr. Brecht und Cohnmann als Stellvertreter der Bevollmächtigten zum Reichsrat im Hauptamt, ständig zur Verfügung. Sonstige Bedürfnisse und das erforderliche Hilfspersonal sind zur Verfügung zu stellen.

8. Die im Haushaltsplan für die preussischen Staatsminister vorgegebenen Dienstwohnungen stehen auch weiter zur Verfügung.

9. Die Kommissare des Reichs nehmen in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des Reichstags, des Reichsrats, des Landtags und Staatsrats sowie ihrer Ausschüsse nicht teil. Sie leisten diesen Körperschaften keine Vorlagen zu.

Soweit im Staatsrat förmliche Anfragen, im Landtag Große oder Kleine Anfragen an das Staatsministerium gerichtet werden, die sich auf zeitlich und räumlich in den Aufgabekreis der Kommissare des Reichs fallende Angelegenheiten beziehen, wird der Reichsanwalt als Reichskommissar für das Land Preußen dem Ministerpräsidenten oder der nach seinem Geschäftsbereich zuständige Kommissar des Reichs dem zuständigen Staatsminister die erforderlichen Unterlagen, die zur Aufgabe einer Erklärung oder Antwort in der in Frage kommenden Körperschaft instandsetzen, zur Verfügung stellen.

10. Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern sind zur Bearbeitung der ihnen verbliebenen Aufgaben der Vertretung Preußens im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern a) die mit der vorbereitenden Bearbeitung dieser Aufgaben betrauten Beamten der Ministerien zum Vortrag zur Verfügung zu stellen. b) Die Akten, die sich auf die genannten Aufgaben beziehen, auf Verlangen vorzulegen.

In dem Schreiben an den Ministerpräsidenten Braun ermahnt der Reichspräsident zu verträglichem Zusammenarbeiten.

Neue Nachrichten

Die Besprechungen beim Reichspräsidenten

Berlin, 18. Nov. Der Herr Reichspräsident hat heute mittag gegen 12 Uhr den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, zu einer längeren Unterredung empfangen. Um 6 Uhr erschien Prälat Kaas beim Reichspräsidenten, woran sich der Empfang des Abg. Dingeldey (D. Bp.) schloß. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird Stillschweigen bewahrt. Morgen Samstag wird Adolf Hitler empfangen und von seinem Besuch wird die Entscheidung abhängen. Es kommt also auf die Frage an, ob Hitler seine Forderung, ihm die Führung zu übertragen, festhält, oder ob er bereit ist, sich in den Kreis der Pläne des Reichspräsidenten einzugliedern.

Erst soll Frankreich Farbe bekennen

Berlin, 18. Nov. Die gestrige Rede des britischen Außenministers Sir John Simon in Genf wird in hiesigen politischen Kreisen als eine Antwort auf die deutschseits immer wieder gestellten Fragen gewertet, ob die Vereinbarungen der Abrüstungskonferenz im gleichen Umfang zeitlich und materiell auch für Deutschland gültig sein sollen. Wenn Sir John Simon in den Punkten 2 und 3 der englischen Vorschläge sagt: „Die Beschränkung der deutschen Rüstungen sollte in dem gleichen Abrüstungsabkommen enthalten sein, das auch die Rüstungsbegrenzungen der anderen Staaten bestimmen wird“ und weiter: „Deutschlands Rüstungsbegrenzungen sollten für dieselbe Zeit gelten und denselben Revisionsmethoden unterliegen, die für die anderen Staaten gelten“, so bedeutet das die Anerkennung der deutschen Forderungen. Nachdem nun also England und Italien im wesentlichen unserem Standpunkt in der Frage der Gleichberechtigung beigetreten sind, liegt das Schwergewicht jetzt bei Frankreich. Gegenüber dem gestern in der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz an Deutschland gerichteten Aufforderungen, nunmehr nach Genf zu kommen, wird es in hiesigen politischen Kreisen als für Deutschland unmöglich bezeichnet, sozusagen verfuhrweise wieder an der Konferenz teilzunehmen, ehe der französische Standpunkt eindeutig geklärt ist.

Klepper-Ausschuss auf 1933 verlagert

Berlin, 18. Nov. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags in Sachen des Ankaufs von Aktien der in Schwierigkeiten geratenen Kölner Görreshaus AG. bzw. der Kölnischen Volkszeitung durch die Preußenkasse bzw. deren damaligen Leiter Klepper, nahm am Donnerstag nach langer Pause die Sitzung wieder auf. Abg. Hiniker (Nat.-Soz.) erhob Einspruch dagegen, daß Klepper, der Angeklagte sei, als „Vertreter der preussischen Regierung“ anwesend sei, und er forderte die Hinausweisung Kleppers. Der Vorsitzende Dr. Jubke (Dnat.) meinte, die Behandlung dieser Frage sei nur in nichtöffentlicher Sitzung möglich. Die Nationalsozialisten beantragten öffentliche Sitzung, der Antrag wurde aber mit Stimmgleichheit abgelehnt. Darauf verließen die Nationalsozialisten den Saal. Es konnte aber noch keine Einigung erzielt werden. Auf Antrag des Abg. Homburger (Soz.) beschloß darauf der Ausschuss mit Mehrheit, sich bis zum 25. Januar zu verlagern.

Neubefehlungen im preussischen Kultministerium

Berlin, 18. Nov. Im preussischen Kultministerium sind die beiden bisher getrennten Abteilungen für Wissenschaft und für Kunst zusammengelegt und zum Leiter der Universitätskurator in Göttingen, Geh. Regierungsrat Dr. B. Lentin ernannt worden. Ferner sind die Abteilungen für höhere Schulwesen und für Volksschulwesen und Lehrerbildung unter Ministerialdirektor Dr. Wende vereinigt worden.

Berlängerung des Burgfriedens

Berlin, 18. Nov. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der vom 2. bis 19. November befristete Burgfrieden bis 2. Januar 1933 einschließlich verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November ds. Js. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlveranstaltungen zugelassen werden, sofern die Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden.

Für deutsche Ware

Stuttgart, 18. Nov. Im Rahmen der Deutschen Woche veranstalteten die Organisationen des Stuttgarter Handwerks am Donnerstagabend in den Sälen des Stadtparkes eine Werbekundgebung für deutsche Waren in Form eines schwäbischen Abends. Die Veranstaltung war außerordentlich stark besucht, so daß die Stadtparksäle die Besucher kaum fassen konnten. Alle württembergischen Ministerien hatten Vertreter entsandt. Von der Stadt Stuttgart waren Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, Bürgermeister Dr. Klein, Rechtsrat Hirtel anwesend.

Der Präsident der Handwerkskammer Stuttgart, Schneiderobermeister Rebmann, hielt die Begrüßungsansprache und anerkannte die Förderung der Deutschen Woche durch die württ. Regierung. Wirtschaftsminister Dr. Maier betonte, daß Staat und Wirtschaft in nimmermüdem Wettbewerb der Bevölkerung die Worte einprägen müssen: Schutz der deutschen Arbeit, Schutz dem deutschen Erzeugnis. Der Kampf für deutsche Ware sei ein Kampf gegen die Gedankenlosigkeit des deutschen Publikums. Im Kampf der widerstreitenden Interessen der Brüder Landwirtschaft und Industrie sei das Handwerk der gegebene Mittler. Der Vorsitzende der Württ. Arbeitsgemeinschaft für deutsche Ware, Geheimrat Rehm-Stuttgart, erklärte, wer entbehrliche Auslandsware kaufe, nütze den Fremden, wer aber deutsche Ware kaufe, verschaffe den eigenen Volksgenossen Arbeit und Brot. Zum Schluß des wohlgelungenen Abends richtete Bäckereimeister Stadtrat Schwarz noch einmal an alle den Appell, stets die deutsche Ware zu bevorzugen.

Heldenlegende und Heldendämmerung

Stuttgart, 18. Nov. In der so unrühmlichen Geschichte des Stuttgarter Revolutionstags, des 9. November 1918, hat als „Beschützer des Königs“ der Stuttgarter Techniker Gustav Esterle Platz genommen. Am letzten Todestag des Königs hat er auf dessen Grab einen Kranz mit Hakenkreuzschleife und mit der Widmung „Von seinem Beschützer“ niedergelegt. Außerdem ist Esterle einer Darstellung des Kammerdieners Guffmann über den 9. November entgegengetreten. Staatsanwalt Dr. Wilhelm Kohlhaas befaßt sich nun im Schwab. Merkur näher mit dieser Angelegenheit. Darnach gründet sich der Ruhm Esterles auf einen Bericht aus eigener Hand. Esterle will sich unter die in den Wilhelmspalast eindringende Volksmenge gemischt und, wo die „Palatine“ verzagten, „die Leute mit eiserner Energie und Geistesgegenwart vom König ferngehalten“ haben, zu dem tatsächlich seiner der Eindringlinge vorgegangen ist. Bei den entscheidenden Besprechungen, so mit dem spartakistischen Kriegsminister Schreiner, führte nicht Esterle, sondern der Kabinettschef, Zehr, von Neuraß, das Wort, der unerschrocken vor seinem königl. Herrn stand.

Auf die Frage, wer ist Gustav Esterle in Wirklichkeit?, gibt Dr. Kohlhaas die Antwort: In dem unruhigen 10. Januar kam es in Stuttgart zu einer heftigen Schießerei. Von der zusammengeworrenen Menne wurden in der Kronprinzstraße zwei Offiziere in Zivil erkannt und angefallen, der eine so mißhandelt, daß er zunächst totgeklagt wurde. In äußerster Not gab er auf den ihn am ärgsten bedrängenden Kaufbold einen Schuß ab und verletzte ihn am Schenkel. Dieser Verwundete hieß Gustav Esterle, damals Rädelführer der Aufreiter, 2 Monate zuvor „Ordnung im Wilhelmspalast“.

Ist dieser Mann wirklich aus Ordnungsliebe und Königtreu im Wilhelmspalast eingedrungen? Als die Sache der Unordnung ausschloß wurde, da entsann sich Gustav Esterle seiner Königtreu, gratulierte dem König zum Geburtstag und — pumpte ihn an. Der König gab 5000 Mark und ließ seinem Schuldner einige Wochen später schreiben, daß er auf Rückzahlung verzichte. Später hat Esterle den König in Friedrichshafen des öfteren persönlich angerebet und belästigt, zunächst um Bürgschaft eines Darlehens von 40 000 Mk. und sodann um ein größeres Darlehen selbst zu betreiben, wobei er u. a. mit Trennung aus diesem Leben und von seiner Familie drohte. Seine fortgesetzten Erpressungsversuche und Belästigungen des Königs lassen die Annahme, auf ein Vermächtnis des früheren Königs rechnen zu können, durchaus nicht berechtigt erscheinen. Der „Schwäbische Merkur“ verlangt, daß jetzt eine endgültige Klärung der Sache erfolge.

Paul-Boncour über die Reform des französischen Heers

Paris, 17. Nov. „Petit Journal“ veröffentlicht Erklärungen des französischen Kriegsministers Paul-Boncour, der die Notwendigkeit einer Reform des französischen Heers betont. Diese Reform sei unerlässlich, ganz unabhängig von den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Die Armee sei auf einer veralteten Rahmenorganisation aufgebaut und schleppte sich mühsam durchs Leben, da sie sich weder den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln noch den Lehren des Kriegs von 1914, noch den internationalen Notwendigkeiten angepaßt habe. In drei Jahren würde die Rekrutenziffer in Frankreich zurückgehen. Die unter den Fahnen stehenden Effektivebestände würden es nicht erlauben, den Heeresmechanismus, so wie er jetzt organisiert sei, in Gang zu halten. Also müsse man schon jetzt entsprechende Vorkehrungen treffen.

Beratungen Hoovers über die Schuldenfrage

Washington, 18. Nov. Präsident Hoover hat je drei hervorragende Mitglieder der Republikanischen und der Demokratischen Partei aus den Finanzausschüssen der beiden Häuser des Parlaments aufgefordert, mit ihm im Weißen Haus die Kriegsschuldenfrage zu besprechen. Gleichzeitig kündigt Hoover seine Besprechung mit Roosevelt am 22. d. M. an. Zu dieser wird Hoover als seinen Berater Mills mitbringen. Der Name des Beraters, der mit Roosevelt erscheinen wird, ist noch nicht genannt.

Der amerikanische Fehlbetrag. Nach amtlicher Mitteilung beläuft sich der Fehlbetrag im Staatshaushalt der Vereinigten Staaten für die ersten 4 1/2 Monate des laufenden Steuerjahres, das am 1. Juli begann, auf 700 Millionen Dollar.

Württemberg

Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden

Stuttgart, 18. Nov. Nach der großen Zahl der Anträge auf Reichszuschüsse ist demnächst mit einer Erschöpfung der dem Land Württemberg zugeteilten Reichsmittel zu rechnen. Die Landeskreditanstalt hat daher die Bürgermeisterämter ersucht, neue Anträge auf Gewährung von Reichszuschüssen nicht mehr entgegenzunehmen, da mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß die vorhandenen Mittel bei weitem nicht zu den schon jetzt vorliegenden Anträgen ausreichen. Gleichzeitig hat die Landeskreditanstalt wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Anspruch auf Gewährung eines Reichszuschusses erst entsteht, wenn ein Zuschussbescheid erlassen ist, ferner daß Anträge, bei denen mit den Arbeiten vor der Antragstellung begonnen worden ist oder bei denen der Beginn der Arbeiten vor den 25. September 1932 fällt, nicht berücksichtigt werden können und daß durch Angabe der Zeit der Arbeitsausführung auf den Rechnungen hierüber der Nachweis zu erbringen ist. Anträge, bei denen die Arbeiten ganz oder teilweise in Schwarzarbeit ausgeführt werden, können nicht berücksichtigt werden, und etwa ausbezahlte Zuschußanträge müssen zurückverlangt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, daß diese oder sonst eine vom Reich festgesetzte Bestimmung für die Gewährung der Reichszuschüsse nicht eingehalten oder umgangen wird.

Stuttgart, 18. November.

Arbeitsbeschaffung und freiwilliger Arbeitsdienst. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, alsbald 1. sämtliche mit der technischen Vorbereitung, Durchführung und Organisation zusammenhängenden Aufgaben des Arbeitsbeschaffungsprogramms und des freiwilligen Arbeitsdienstes, soweit hierzu Landes- und Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, im Interesse einer einheitlichen, zweckmäßigen und sachgemäßen Behandlung in eine Hand zu legen; 2. mit der Durchführung dieser Aufgaben beschleunigt einen geeigneten planmäßigen Staatsbeamten unter Belassung in seiner bisherigen Dienststellung zu beauftragen und ihn zur Ausschaltung von Ressortfreistellungen nur einer Dienstaufsichtsbehörde zu unterstellen; 3. die zur Verfügung stehenden Landesmittel und die dem Land vom Reich zur freien Verfügung überwiesenen Mittel bei einem Ministerium zusammenzufassen.

Approbationen. Im Prüfungsjahr 1931/32 hat das Innenministerium 33 Kandidaten der Medizin die Approbation als Arzt, 33 Kandidaten der Zahnheilkunde die Approbation als Zahnarzt, und 9 Bewerbern die Approbation als Apotheker erteilt.

Zulassung geprüfter Fachlehrer? In einer kleinen nationalsozialistischen Anfrage wird das Staatsministerium ersucht, dafür zu sorgen, daß auch in Württemberg selbständige geprüfte Fachlehrer zur Ausbildung von Kraftfahrern zugelassen werden.

Hitlers Klage gegen die „Tagwacht“ abgewiesen. Eine von Adolf Hitler gegen die „Schwäbische Tagwacht“ gerichtete Klage wurde, wie die „Schwäbische Tagwacht“ berichtet, von der sechsten Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart zurückgewiesen. Die „Schwäbische Tagwacht“ hatte am 20. Juli d. J. einen Artikel unter der Ueberschrift veröffentlicht: „Neues Hungerdiktat — auch das wollten die Nazis bewilligen“. In dem Artikel waren dann Wendungen wie „Hitler-Rotverordnung“ und „Nationalsozialistische Unterfütterungen“ gebraucht worden. Hitlers Klageantrag ging auf Erlass einer Verfügung gegen die „Schwäbische Tagwacht“, solche Ausdrücke zu unterlassen, da sie eine Beleidigung oder üble Nachrede im Sinn der Art. 185/186 des Strafgesetzbuchs darstellten. Das Gericht ist jedoch der Auffassung, daß Beleidigungen nicht vorliegen.

Notdach über dem Alten Schloß fertiggestellt. Im Ostflügel des Alten Schloßes wurde in der Höhe des ersten Stockes über der Türnisch ein Notdach aus Holz errichtet. Auch alle Mauerdorprünge, die der Witterung besonders ausgekehrt sind, wurden mit Dachpappe belegt. In den nächsten Tagen müssen die Fundamente noch verfestigt werden. Die Erker, die abzubrockeln drohen, müssen verstärkt werden. Durch eine sehr solide einfache Konstruktion ist es gelungen, das Notdach für einen weit billigeren Preis einzuziehen, als früher von Fachleuten angenommen worden war.

Selbstmordversuch auf der Straße. Am Donnerstagabend fanden Vorübergehende in der unteren Reichshäuserstraße neben einem Kraftwagen einen Mann mit einer Stichwunde in der Brust auf. Zwei Polizeibeamte, die bald darauf erschienen, brachten den Mann auf die nächste Polizeiwache. Dort stellte er sich heraus, daß er sich in selbstmörderischer Absicht den Stich selbst beigebracht hatte. Die Beweggründe der Tat sind nicht bekannt. Die Verletzung ist ungefährlich.

Vom Waldbesitzerverband. Der Landesausschuss des Waldbesitzerverbandes für Württemberg und Hohenzollern hat anlässlich seiner letzten Zusammenkunft Bürgermeister Hammer-Biberach als Vertreter des ober-schwäbischen Gemeindeförderungsausschusses gewählt. Bürgermeister Hammer ist in seiner Stellung als Mitglied der Württ. Körperschaftsforstdirektion und als Vorstand der größten Waldgemeinde Oberschwabens mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Gemeindeförderungsausschusses vertraut; er wird sich, wie sein bisheriges Eintreten in Gemeindeförderungssachen zeigt, zweifellos eine tatkräftige Vertretung des ober-schwäbischen Gemeindeförderungsausschusses angelegen sein lassen.

Verrat militärischer Geheimnisse. Vom Straßentat des Oberlandesgerichts wurde in nichtöffentlicher Sitzung am 16. November 1932 der 27 Jahre alte Kaufmann A. S. von Babel wegen eines fortgesetzten Vergehens gegen § 6 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu der Gefängnisstrafe von 2 Jahren unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Er hatte sich in eine ausgedehnte Verbindung mit dem französischen militärischen Nachrichtendienst eingelassen und Aufträge zur Ausspähung der württ. und badischen Reichswehrtruppenteile, des Flugplatzes Böblingen u. a. entgegengenommen. Der Wert des von ihm hierfür empfangenen Entgelts wurde für den Staat verfallen erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Cannstatt, 18. Nov. Ein Straßenbahnzug raste durch die Rheinlandstraße. Heute morgen 7 Uhr fuhr, so berichtet die Cannstatter Zeitung, ein Wagenzug der Linie 1, der mit zwei Anhängewagen versehen war, von Fellbach in Richtung Cannstatt, als er plötzlich kurz unterhalb der Funfertaerne in ein gefährliches Tempo geriet.

Der Wagenführer, der schon in Fellbach am „Stuttgarter Platz“ hatte feststellen müssen, daß seine Bremsvorrichtung nicht recht in Ordnung war, versuchte zu bremsen, doch ohne Erfolg. Der Schaffner des Motorwagens versuchte, den Motorwagen vom hinteren Trittbrett aus zum Halten zu bringen. Auch das genügt nicht. Der Fahrgast bemächtigte sich eine allgemeine Panik. Der Schaffner des Motorwagens gab den beiden Anhängewagen das Signal, ebenfalls zu bremsen. Der Anwendung aller vorhandenen Bremsvorrichtungen gelang es dann, den Wagenzug unterhalb der Haltestelle „Rheinlandstraße“ zum Stehen zu bringen.

Aus dem Lande

Ludwigsburg, 18. Nov. Rücktritt als Gemeindevorstand. Wie die Ludwigsburger Zeitung hört, wird Rechtsanwalt Dr. Bürger sein Mandat als Mitglied der nationalsozialistischen Gemeindevorstandesfraktion in dieser Lage niederlegen. Mit Dr. Bürger scheidet der dritte von den fünf im Dezember 1931 neugewählten nationalsozialistischen Stadträten vorzeitig aus dem Gemeindevorstand.

Zöbingen O. Ellwangen, 18. Nov. Jäger Tod. Ein 66 J. a. Landwirt von Zöbingen, Anton Radenburger, Vater von 12 (bis auf eines) unverorgten Kindern, begab sich auf Anraten des Arztes ins Bezirkskrankenhaus nach Ellwangen. Während der ärztlichen Untersuchung wegen Magenleidens zeigte sich bei dem Patienten plötzlich Schwächen und Merkmale des Todeskampfes. Nachdem er noch die letzten kirchlichen Gnadenmittel empfangen hatte, verschied er im Beisein seiner Frau im Untersuchungszimmer, noch ehe er das Krankenlager erreicht hatte.

Nehren O. Tübingen, 18. Nov. Großfeuer. Donnerstagabend brach in der Scheune des Bauers Wilhelm Röcker Feuer aus. In kurzer Zeit stand das ganze große Anwesen, Wohnhaus mit Scheune, in hellen Flammen. Die Feuerwehr hatte die gefährdeten, eng angebauten Nachbargebäude zu schützen.

Trossingen, 18. Nov. 20000 Mark für Winternothilfe. Die Firma Matth. Hohner u. Co. stellt auch in diesem Jahr als Winterhilfe den Betrag von 20000 Mark zur Verfügung. Aus diesen Mitteln sollen in erster Linie in ihrer Erziehung bedrohte Werksangehörige, dann Erwerbslose und bedürftige Familien der Gemeinde Trossingen und der Filialorte im bevorstehenden Winter unterstützt werden.

Göppingen, 18. Nov. Am kommenden Sonntag begeht der im Ruhestand lebende Pfarrer Dr. Theodor Engel in Klein-Eisingen seinen 90. Geburtstag. Der Jubilar ist am 20. November 1842 in Eichenbach bei Göppingen geboren, studierte Theologie und Geologie und kam im Jahr 1885 als evangelischer Ortsgeistlicher nach Klein-Eisingen. Nach 25jähriger segensreicher Tätigkeit trat er im Jahr 1910 in den Ruhestand und blieb an seinem bisherigen Wirkungsort wohnen.

Eine Dase in der Wüste wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit. Die Wälschfabrik Brüder Bloch hier hat seit wenigen Wochen weitere 31 Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Betrieb aufgenommen, obwohl sie schon das ganze Jahr hindurch ausnahmslos voll und zum Teil sogar mit Überstunden gearbeitet hat.

Eggingen O. Blaubeuren, 18. Nov. Frecher Diebstahl. Gestern fuhr ein 20jähriges Mädchen hier mit dem Fahrrad zu einem Zahnarzt nach Ulm. Auf der Landstraße bemerkte sie einen Radler, der ihr vorausfuhr. Am sogenannten Hölle holte sie ihn ein. Er bat das Mädchen um die am Rad angebrachte Luftpumpe, welche Bitte ihm gewährt wurde. Er tat jedoch so, als verstände er die Pumpe nicht recht und ersuchte die Radfahrerin, ihm das Rad selbst aufzupumpen. Unterdessen öffnete er die in einem Korb untergebrachte Handtasche und entwendete den darin enthaltenen Geldbeutel, der zum Glück keinen hohen Betrag barg. Kaum hatte das Mädchen das Rad wieder in der Hand, als es den Diebstahl bemerkte und den Dieb zur Rückgabe des Geldbeutels aufforderte. Dieser aber schwang sich auf sein Rad und fuhr in schnellem Tempo davon.

Egingen a. D., 18. Nov. Tödlicher Unglücksfall. Landwirt Rinker von Sielen hatte sich auf dem Heimweg von einem Fuhrwerk ein Stück Weg mit nach Hause fahren lassen. Als während der Fahrt der Besizer des Fuhrwerks abstieg, um etwas an seinem Fuhrzeug in Ordnung zu bringen, bemerkte er, wie kurz hinter ihm ein Auto plötzlich abstoppte. Beim Nähertraten fand er Rinker, der unbemerkt vom Fuhrwerk gefallen war, am Boden liegen. Der Schwerverletzte wurde sofort von dem Autobesitzer ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verschied. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt.

Ravensburg, 18. Nov. Liebespärchen stiehlt 22 Fahrräder. Wegen Rückfalldiebstahls in 22 Fällen verurteilte das Schöffengericht Ravensburg den 31 J. a., aus Tübingen gebürtigen Knecht Adolf Weißhaupt zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthausstrafe und wegen Beihilfe die 25 J. a. ledige Nähterin Rosa Zodel aus Lindenberg zu 6 Monaten Gefängnis. Der schon oft wegen Eigentumsvergehen bestrafte Weißhaupt war am 12. Juni d. J. nach Verbüßung einer 1½jährigen Gefängnisstrafe in Haft entlassen worden; er wandte sich wieder nach Oberkochen, wo er in Wangen die ebenfalls oft und erheblich bestrafte Rosa Zodel kennenlernte. Die Beiden zogen nun im Lande umher und in wenigen Wochen stahlen sie 22 Fahrräder, die zum Preis von 5 Mk. verkauft wurden. Ein Fahrrad wurde sogar im Amtsgericht Teinang gestohlen.

Friedrichshafen, 18. Nov. Rätselhafter Todesfall. Ein plötzlicher und geheimnisvoller Todesfall ereignete sich hier Mitte Oktober im städtischen Krankenhaus. Am Sonntag, 16. Oktober, war die 32 J. a. Dienstmagd Maria Müller von Schwendi, die in Wäldenweiler bedienstet war, mit ihrem Bräutigam von Ravensburg in Friedrichshafen gewesen, um das Grab ihrer Mutter zu besuchen. Auf dem Heimweg waren die beiden im Allinger Hof eingekehrt und hatten dort Bierwürstl gegessen; das Mädchen war bald darauf plötzlich erkrankt und am Montag früh gestorben. Zunächst neigte man zu der Annahme, daß Biervergiftung vorliege. Die in Stuttgart vorgenommene Untersuchung von inneren Leichenteilen usw. hat jedoch bestimmt ergeben, daß Frieschvergiftung nicht vorliegt, vielmehr dürfte der Tod auf Ruhrbazillen zurückzuführen sein, die sich im Darm vorfinden.

Dom bayer. Altdorf, 18. Nov. Schweres Explosionsunglück. Aus Rotinden Tod. — Raubüberfall auf Kinder. In dem bei Füssen gelegenen Städtchen Bils kam es in der Zementfabrik Schreiter u. Cie. in einem Zementofen zu einer Explosion, wobei der Mitteilhaber der Fabrik, Obergeringieur Robert Fischer, sowie vier Arbeiter durch den Funkensprüherregen und die

plätschende Zementmasse sehr schwere Brandwunden erlitten. Kommerzienrat Fischer und der 26 Jahre alte, erst seit einem Jahr verheiratete Arbeiter Busch sind im Krankenhaus gestorben. Der Zustand der drei anderen Arbeiter ist ernst. Die Mutter des Kommerzienrats Fischer erlitt beim Empfang der traurigen Nachricht einen Schlaganfall und liegt nun ebenfalls schwer darnieder. — Der 39 Jahre alte Elektromonteur Fritz Langmann in Kempten hat sich aus wirtschaftlicher Not erschossen. — Der Landwirt Ludwig Geiser von Boos schiedte seine Kinder in die Molkerei, um das Milchgeld zu holen. Auf dem Heimweg entstrich ihnen ein unbekannter junger Mann das Geld und verschwand. Es war ein Betrag von 170 Mark.

Gerichtssaal

Tübingen, 19. Nov. Vor der Großen Strafkammer fanden gestern zwei Verhandlungen, wegen Vergehens gegen die Terrornotverordnung statt. Der erste Fall betraf die in der Nacht vom 21.—22. August ds. Js. bei Sprollenhäuser ereigneten Streithändel zwischen dem dortigen Polizeidiener Härter und August Seyfried. Letzterem wurde zur Last gelegt, daß er in der fraglichen Nacht, dem im Dienst befindlichen Polizeidiener Härter sich des Widerstands gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht habe, sodas letzterer in angeblicher Bedrängnis von seiner Waffe Gebrauch gemacht habe, wodurch dann Seyfried schwer verletzt wurde. Seyfried bestritt jedoch, dem Polizeidiener Härter das Seitengewehr, entzogen zu haben, fand jedoch, da er keinen Zeugen aufweisen konnte, keinen Glauben. Die Voraussetzung zur Anwendung des Terrornotverordnungs-Paragrafen schien gegeben, sodas Seyfried zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr verurteilt wurde. Richter wie Staatsanwalt erklärten, daß die Strafe zu hart wäre, was wohl auch in der gesamten Öffentlichkeit empfunden werde. Für Seyfried wurde durch den Rechtsanwalt sofort Revision gegen das Urteil eingelegt. Am Nachmittag wurde dann gegen weitere drei Wildbader verhandelt. Auf der Anklagebank befand sich Wilhelm Walz, Hermann Großmann und Max Kern. Diese drei wurden ebenfalls beschuldigt, sich im Sinne der Notverordnung vom 9. August vergangen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Walz eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und zwei Monaten, für Kern und Großmann eine Geldstrafe. Das Gericht hielt jedoch in diesem Falle die Voraussetzungen zur Anwendung der Notverordnung vom 8. 9. für nicht gegeben. Walz wurde wegen Körperverletzung, groben Unfugs usw. zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 5 Wochen verurteilt. Kern und Großmann wurden freigesprochen.

Lokales

Wildbad, 19. November 1932.

Drei Wochen Festtagsrückfahrkarten. Die Reichsbahn hat sich entschlossen, die Geltungsdauer der Festtagsrückfahrkarten für Weihnachten und Neujahr sowie der Arbeiterrückfahrkarten auf drei Wochen auszudehnen. Die um 33% v. S. verbilligten Fahrkarten gelten zur Hinfahrt vom 21. Dezember 0 Uhr an alle Tage bis 1. Januar 1933 24 Uhr. Die Hinfahrt muß am 1. Januar 24 Uhr beendet sein. Zur Rückfahrt gelten die Karten vom 23. Dezember, 12 Uhr, an allen Tagen bis zum 10. Januar, 24 Uhr. Die Rückfahrt muß am 10. Januar um 24 Uhr beendet sein. Die Festtagsrückfahrkarten werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn ausgegeben.

Keine Briefnachnahmen nach Rumänien. Die rumänische Postverwaltung läßt Nachnahmen auf eingeschriebene Briefsendungen und auf Wertbriefen, sowie Postaufträge aus dem Ausland — mithin auch aus Deutschland — nach Rumänien vom 15. November an nicht mehr zu. Nachnahmegesendungen und Postaufträge, die nach dem 15. November noch in Rumänien eingehen, werden an den Aufgabepost zurückgeliefert. Paketnachnahmen sind einstellweilen noch zugelassen.

Schauspielhaus Pforzheim. Sonntag nachmittag findet die erste Jugendvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das Märchenpiel „Nischenbrödel“ in vollständig neuer Ausstattung. Abends wird das erfolgreiche Frontstück „Die endlose Straße“ gegeben.

Sendefolge des Stuttgarter Rundfunk N.-G.

Sonntag, 20. November:

6.30: Hamburger Besenkoncert. 8.15—9.00: Choralchor. 9.40: Orgelkonzert. 10.40: Anthologische Vorträge. 11.30: Buch-Rundschau. 12.00: Kleine Stücke für Platte und Gitarre. 12.30: Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges. 13.15: Schallplatten. 14.35: Vortrag: „Die Pfinge der landwirtschaftlichen Maschinen im Winter“. 15.00: Jugendstunde. 16.00: Kammermusik. 17.00: Requiem von G. Verdi. 18.40: Schwäbische Stunde zum Totensonntag. 19.00: Sportbericht. 19.15: Alte Cello-Ruffli. 19.45: Schallplatten. 20.30: „Totensonntag“. 21.45: „Stübel-Rantale“. 22.10: Zeitungsbericht, Nachrichten, Sportbericht. 22.45—24.00: Gebet und Danksagung zum Gedächtnis.

Montag, 21. November:

6.15: Zeitungsbericht, Wetterbericht, Gumnastik. 7.10: Wetterbericht, Nachrichten. 7.50—8.00: Schallplatten. 10.00: Unbekanntere Verdi-Arien. 10.30: Konzert. 10.40: Kinderlieder. 11.00: Zeitungsbericht, Nachrichten, Wetterbericht. 11.55: Wetterbericht, 12.00: Konzert. 13.15: Zeitungsbericht, Wetterbericht, Nachrichten. 13.30: Schallplatten. 14.30: Spanischer Sprachunterricht. 15.00 bis 16.00: Englischer Sprachunterricht für Anfänger. 17.00: „Zum Tag der deutschen Hausmusik“. 18.15: Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 18.25: Vortrag: „Hans Knauths von Lam bis Strenger“. 19.50: Englischer Sprachunterricht. 19.15: Unbekannte Lieder von Schubert. 20.30: 4. Montagskonzert des Pforzheimer Orchesters. 21.30: „Bericht verlobt, verheiratet“ (Vollstündlerkomödie). 22.15: Zeitungsbericht, Nachrichten. 22.40: Schallplatten. 23.05—24.00: Nachtmusik.

Freundliche Einladung

zu den

Religiösen Volksvorträgen

des Herrn Evangelisten K. Röder aus Stuttgart-Kornthal über

brennende Lebens- und Ewigkeitsfragen

von Sonntag, 20. bis Dienstag, 29. November 1932, in der ev. Stadtkirche in Wildbad.

Jeden Abend 8 Uhr Vortrag

Jeden Werktag nachmittags 3 Uhr Bibelstunde

Themen:

Sonntag, 20. November, abends 8 Uhr:

Das Weltgeschehen im Lichte des Wortes Gottes.

Jedermann freundlich willkommen!

Eintritt frei!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Weinbauvortrag für Amerika. Von der südwestdeutschen Rundfunkfunkengesellschaft in Frankfurt wird mitgeteilt, daß der Vortrag von Bürgermeister Dr. Bollmer, Nierstein, der am Freitag über die Not des deutschen Weinbaus sprach, auf den Kurzwellenfrequenzen für Amerika übernommen wurde. Auf diesem Weg wird dem heute noch trockenen amerikanischen Volk erstmalig in seinem Rundfunk ein Vortrag über den deutschen Wein gehalten.

Röpenidade in Köslin. Der geisteskrante frühere Kriminalbeamte Jendresty in Köslin (Pommern) versuchte am Donnerstagabend, wie die „B. Z.“ meldet, den Regierungspräsidenten Cronau zu verhaften. Er ließ sich in der Privatwohnung des Regierungspräsidenten melden, erklärte, er sei der Vizepräsident und sprang in das Zimmer Cronaus ein. Dort erklärte er dem Regierungspräsidenten, der am Kaffeetisch saß: Ich habe den Auftrag, Sie zu verhaften. Er behauptete, der Regierungspräsident habe Spritschmuggelgeleien begangen. Als Jendresty merkte, daß der Regierungspräsident inzwischen einen Beamten herangerufen hatte, ergriff er plötzlich die Flucht und versuchte, über die Dächer zu entkommen. Er wurde jedoch schon auf dem Boden des Hauses festgenommen. Jendresty war früher Kriminalassistent in Köslin, später Schutzpolizeibeamter in Oberschlesien und hatte wegen Unkorrektheiten aus dem Dienst scheiden müssen. An den Spritschmuggelgeleien ist selbstverständlich kein wahres Wort.

Ein Gutsbesitzer ermordet. Der Gutsbesitzer Arthur Müller aus Doberreit (Sachsen) wurde in der Nacht zum Freitag mit zertrümmertem Schädel tot aufgefunden. Der Tatverdächtige ist ein Mann, mit dem Müller heimlich Geschäfte machte, nachdem er sein Gut verkauft hatte.

Veruntreuung in der französischen Botschaft in Warschau. Der Sekretär der Handelsabteilung der französischen Botschaft in Warschau, Ranczak, ist wegen Unterschlagung verhaftet worden. Er hat eine Sicherheit veruntreut, die von zwei Kaufleuten für die Erteilung der Konzession für den Kohlenverkauf der polnisch-französischen Firma „Starbferm“ hinterlegt worden war. Die Erlangung der Konzession sollte durch Vermittlung Ranczaks erfolgen.

„Blüten“ verboten. In letzter Zeit sind Warenempfehlungskarten, Ankündigungen oder andere Druckfachen, die in Form oder Verzierung papiergedruckt oder wertpapierähnlich sind, sogenannte „Blüten“ in großem Umfang verbreitet worden. Gegen die unbefugte Anfertigung und Verbreitung von banknotenähnlichen Abbildungen wird polizeilich eingeschritten. Das öffentliche Verteilen von „Kestameblüten“ ist verboten. Diese Anordnung gilt auch für die Nachahmungen von amerikanischen Dollarnoten und anderen ausländischen Banknoten.



Togal
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuss, Erkältungskrankheiten.
Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Evangelischer Gottesdienst.

Toten Sonntag, den 20. November 1932.

9.45 Uhr Predigt (Text: 1. Kor. 15, 21—28; Lied: 505) Stadtpfarrer Dauber.

11 Uhr Kindergottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Lichter) Stadtpfarrer Dauber.

8 Uhr abends Beginn der relig. Volksvorträge von Evangel. Röder „Das Weltgeschehen im Lichte des Wortes Gottes“.

In Sprollenhäuser.

10 Uhr Predigt (Text: 1. Kor. 15, 21—28; Lied: 507) Stadtpfarrer Baun.

Das Opfer ist für die Nothilfe der Kriegshinterbliebenen bestimmt.

Von 12—12¼ Uhr, wird zum Gedächtnis der Gefallenen ein volles Geläute veranstaltet.

An jedem Nachmittage, 3 Uhr, und jeden Abend 8 Uhr, der kommenden Woche werden in der Kirche die Vorträge von Evangel. Röder gehalten, wozu die Gemeindeglieder herzlich eingeladen werden.

Katholischer Gottesdienst.

27. Sonntag n. Pfingsten mit Gedächtnisfeier für die Gefallenen.

7¼ Uhr Frühmesse, 9¼ Uhr Predigt und Singmesse, mit Gedächtnis für die Gefallenen, 2 Uhr Andacht.

Werktags: Täglich 7¼ h. Messe, Freitag 7½ Uhr hl. Messe.

Beicht: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag und Werktag vor der hl. Messe.

Kommunion: Sonntag und Werktag bei den hl. Messen.

Schöne 5-Zimmerwohnung

sonnig und staubfrei gelegen in bestem Hause sofort oder später günstig

zu vermieten.

Angebote unter D 300 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.



Der Krieger- und Militärverein
einjährl.
Klein Kaliber-Schützenabteilung

beteiligt sich morgen am

Gedenktag der Gefallenen des Weltkriegs.

Antreten pünktlich ½10 Uhr vor der Polizeiwache.

Der Vorstand.



Sitzung des Gemeinderats
am Dienstag den 22. November 1932.

- Tagesordnung:**
2 Uhr: Fürsorgefachen.
3 Uhr: 1. Freiwilliger Arbeitsdienst.
2. Notstandsarbeit.
3. Sonstiges.

Gedenktag
für die Opfer des Weltkriegs.

Der jährliche Gedenktag für die Opfer des Weltkriegs wird am

Sonntag den 20. November 1932
hier folgendermaßen begangen:

1. Gedächtnisgottesdienst in den hiesigen Kirchen.
2. Vormittags 10^{1/2} Uhr: Zug der Vereine, Schulen und sonstigen Teilnehmer vom Kurplatz aus zum Kriegerdenkmal.
3. Befang des Biederkranzes am Denkmal.
4. Ansprache des Herrn Stadtpfarrers Dauber und Kranzniederlegungen.
5. Vortrag des Musikvereins.

Man bittet der Bedeutung des Tages, an dem unser Volk in Treue und Dankbarkeit seiner Gefallenen gedenkt, Rechnung zu tragen, alle lärmenden Veranstaltungen zu unterlassen und die Gebäude halbmaßig oder mit Trauerflor zu beflaggen.

Bürgermeisteramt: B a e h n e r.

Nation. Frauendienst.
Jeden Montag
(bis Weihnachten)
nachmittags 3 Uhr
"Kühler Brunnen"

Schützenverein Wildbad
Gegründet 1843
Montag den 21. Novbr. 1932
Übungsschießen
Schützenmeisteramt

Steuerberatung
Forderungseinzug
Verträge aller Art
Beratung in allen rechtl. Angelegenheiten
Robert Schüle
Notar-Prakt.
Wildbad
Lalenbergstr. 44.

Radfahrer!

kauft Euere Bereifungen beim Fachmann
Fahrraddecken von Mk. 1.60 an
Schläuche von 70 Pfg. an sowie sämtliche Ersatzteile billigst
Karl Tubach jr.
Telephon 437.

Strickwolle
p. Pfd. M. 2.—, Loden M. 2.30, an Privat.
Spinnerei Tirschenreuth 395 (Bay.)

Winter-Mäntel



Pelzbesetzte Mäntel aus guten, mod. Diagonalestoffen, mit schön. Pelzkragen, oder Pelzkrawatte, ganz gefüttert... **19⁵⁰**

Pelzbesetzte Mäntel aus modern., reinwollenen Crawli-Diagona, mit indisch Lammkragen od. Krawatte, ganz gefüttert... **29⁵⁰**

Pelzbesetzte Mäntel in guter Marongoware, mit reichen Persienerklaun-Sücken Shawl, ganz auf Marocainfutter... **32⁰⁰**

Pelzbesetzte Mäntel aus fein. Marongoder Crawlistoffen, mit Marocainfutter, mit großem, echten Persienerkragen... **49⁰⁰**

Mantel 16⁰⁰ aus gut. Diagonaleware, ganz gefüt., m. schön. Pelzkrag.

Unsere Spezialität: **Mäntel für starke Damen**

Krüger & Wolff
PFORZHEIM.
Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion.

Kamelhaardecken
Woldecken, Reisedecken
Wollene Mantelstoffe

Die angekündigte größere Sendung Woll- und Kamelhaardecken ist eingetroffen. Es befinden sich darunter auch Decken mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern, die mit 20% Rabatt abgegeben werden. Ich biete an:

- Woldecken, einfarbig meliert mit Kante, kräftige Qual. (herabgesetzter Lagerposten) 140/190 cm p. Stck. RM 6.—
 - Woldecken, kamelhaarfarbig mit schönen bunten Kanten (herabgesetzter Lagerposten) 140/190 cm p. Stck. RM 7.80
 - Farbige Jacquard-Woldecken, schöne, schwere Qualitäten, in versch. Farbenstellungen und modernen Dessins 150/200 cm p. Stck. RM 17.50
 - Farbige Jacquard-Woldecken grantiert reinwollen 150/200 cm p. Stck. RM 22.50
 - Kamelhaardecken mit griechischen und mod. bunten Kanten, schwer und haltbar, aus rein Kamelhaar und Wolle bis zur feinsten Qualität 150/200 cm in den Preislagen p. Stck. RM 14.80, 16.50 und 24.50
 - Echte Kamelhaardecken aus garantiert rein Kamelhaar mit griechischen und modernen bunten Kanten. Kräftig, sehr weich und warmhaltend 150/200 cm in den Preislagen p. Stck. RM 18.40, 23.50 und 30.—
 - Hochfeine, sehr weiche Qualitäten mit schönem Seidenglanz 150/200 cm p. Stck. RM 37.50 und 47.50
 - Reinwollene Reise- und Autodecken in reizenden Dessins leicht und elegant 135/175 cm p. Stck. RM 9.60 und 13.—
 - Reinwollene Mantelstoffe engl. Art für Damen 140 cm breit p. mtr. RM 5.—
- Nur beste, erstklassige Qualitäten.
Außergewöhnlich billige Preise.

Besonders günstige Gelegenheit, auch für Hotels und Pensionen, zur Ergänzung der Bestände.
Die Woldecke und insbesondere die Kamelhaardecke entspricht allen Anforderungen der Hygiene, ist dauerhaft, praktisch und vielseitig in ihrer Verwendung im Gegensatz zur Steppdecke. — Die Kamelhaardecke ist für Wildbad ganz besonders deshalb zu empfehlen, weil sie geeignet ist, die Badekur in wirksamster Weise zu unterstützen. Wie von alters her bekannt, besitzt das Kamelhaar durch seine natürlichen Eigenschaften eine große Heilwirkung bei Gicht-, Rheuma- und Ischiasleiden.

Maria Haider

Wildbad, Bätznerstr. 80, Haus Carola

Schützenverein Wildbad
e. V.
Gegründet 1843.

Am Samstag, den 26. November 1932, abends 8 Uhr, findet im „Hotel Traube“ unsere diesjährige

Generalversammlung

- statt.
- Tagesordnung.**
1. Jahresbericht des Oberschützenmeisters.
 2. Rechenschafts- und Kassenbericht.
 3. Neuwahlen.
 4. Verschiedenes.

Hierzu laden wir unsere verehrlichen Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder herzlich ein und erwarten zahlreiche Teilnahme.

Das Schützenmeisteramt.

Schlupfhosen

mit Plüschfutter
warm und angenehm im Tragen, gute, kräftige Qualität:

Kinder-Größen	30	32	34	36	38
	—70	—78	—85	—90	—95
Damen-Größen	40	42	44	46	48
	—98	1.25	1.50	1.75	1.95

Crépe-Schlupfhosen mit warmem Rauffutter

	—	1.20	1.40	1.55	—
--	---	------	------	------	---

Kinder-Prinzeßbröcke warm gefüttert

Größe	50	60	70	80
	—95	1.10	1.20	1.35

Trikot-Unterkleidung
für Damen, Herren und Kinder
in allen Größen und Preislagen.

PHIL. BOSCH NACHE
INHABER FRITZ WIBER
WILDBAD

Gicht Rheumatismus

Schias, Hexenschuß, Arterienverkalkung, Erfältung, Glieder- und Gelenkschmerzen usw. lindert und behebt selbst in langwierigen, alten Leiden, der bekannte, wohlschmeckende, heilkräftige
Apoth. Links's Gicht- und Rheumatismus-Kräuter-Tee
Preis: gr. Packung Mk. 1.75, kl. Packung 90 Pfg. Zu haben in allen Apotheken.
Bestimmt in: **Stadtapotheke.**

Pelz-Mäntel, Jacken
Kragen, Besätze

kaufen Sie am besten und vorteilhaftesten direkt beim Kürschner
Erstklassige Verarbeitung bester Qualitäten
Billigste Berechnung von Reparaturen und Umänderungen
Schrempf Pforzheim
— Westliche 22 —

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsauschuß Wildbad.

Am Montag, 21. November 1932, abends 8^{1/2} Uhr, findet im Vereinszimmer der Turnhalle eine
Mitglieder-Versammlung
statt.
Der Vorstand.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag, den 20. November 1932, nachmittags 3^{1/2} Uhr
Jugendvorstellung
Aschenbrödel
oder
Der gläserne Pantoffel
Märchenspiel von Görner
Preise: 30 Pfg., 60 Pfg., 80 Pfg., 1.10 RM. u. 1.30 RM.
Abends 8 Uhr
Vorstellung zu volkstümlichen Preisen von 60 Pfg. bis 2.20 RM.
Die endlose Straße
Ein Frontstück in 4 Bildern.
Beginn 8 Uhr Ende 10^{1/4} Uhr

Geflügel- und Kaninchenzüchterverein
Wildbad e. V.

Am Montag, 21. November, abends 8 Uhr findet unsere
letzte Versammlung vor der Bezirksausstellung
im „Schwarzwaldhof“ statt, mit Ausgabe der Anmeldepapiere und Einteilung sowie den letzten Vorbereitungen zu treffen.
Hiezu werden unsere verehrlichen Mitglieder, besonders aber die Aussteller zu zahlreichem, pünktlichen Besuch eingeladen.
Der Vorstand.

Brust- und Lungen-Leiden

Bronchialkatarrh, Luftröhrenkatarrh, Astma, Verschleimung, Husten, Erfältungen jeder Art usw. lindert und behebt selbst bei langwierigen, alten Leiden, der bekannte, wohlschmeckende, heilkräftige, schleimlösende
Apoth. Link's Brust und Lungen-Kräuter-Tee
Preis: gr. Packung Mk. 1.75, kl. Packung 90 Pfg. Zu haben in allen Apotheken.
Bestimmt in: **Stadtapotheke.**

